

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 7

Artikel: Weltrundschau : die "absolute" Waffe ; Amerikanischer Friede? ; Der Brandherd im Orient ; Die beiden Deutschland ; Kommunismus - Sozialismus
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140193>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lich von ihr veröffentlicht werden dürfen als Beweis ihrer echt liberalen Gesinnung, denn er enthält viel Beherzigenswertes. Wir möchten daraus nur eine Stelle zitieren, die besonders uns Christen angeht. Dr. Farner verweist darin auf das Urteil eines englischen Historikers, Professor Butterfields, der schreibt:

«In der Tat gehört es für mich zu den schrecklichen Vorkommnissen in der Geschichte und bedeutet mir eine Schwierigkeit, der ich nicht auszuweichen vermag, daß die christliche Kirche, sobald sie irgend dazu in der Lage war und die nötige Macht besaß, mit einer grausamen Politik der Verfolgung begann, während später die protestantische wie die katholische Kirche nicht nur mit äußerster Grausamkeit darum kämpften, ihre Verfolgungsgewalt zu behaupten, sondern auch noch einen besonderen Kampf um jede einzelne Verfolgungswaffe führten, die ihnen aus der Hand gerissen wurde. All dies ist in keiner Weise ein Argument gegen das Christentum selbst, aber es ist ein ernster Kommentar zu der Natur des Menschen, wie sie gerade auch in der Kirchengeschichte sichtbar wird.» Dr. Farner fährt fort: «Nein, ich möchte diese historischen Tatsachen nicht anklagen, aber dem Christen die Prüfung seiner eigenen Geschichte nahelegen, bevor er an die Prüfung und Bewertung der marxistischen Geschichte herangeht. Dann erst, wenn *beide*, der Christ und der Marxist, ihre eigene Geschichte auf das darin vorgekommene und vorkommende Böse und Ungerechte hin untersuchen, sind sie berechtigt, dem andern das Böse und Ungerechte des anderen vorzuhalten. Ich vermeine, daß noch beide Seiten ungemein viel lernen müssen. Aber dieses Lernen, ein Lernen auch im gegenseitigen Gespräch, wird für beide Seiten und so auch für die Zukunft Europas gewiß sehr fruchtbar sein.» Die Redaktion

WELTRUNDSCHAU

Die „absolute“ Waffe Unser letztes Heft war noch nicht in den Händen der Leser, als die Kunde, daß die Russen ein Fernlenkgeschloß mit ganz großer Reichweite erfolgreich abgefeuert hätten, eine eigentliche Weltsensation erregte. Begreiflich! Den amerikanischen Vorsprung in der Herstellung der ursprünglichen Atombombe holten ja die Russen erst in vier Jahren ein; um den Amerikanern die Wasserstoffbombe nachzumachen, brauchten sie hingegen nur neun Monate, und nun sind sie ihnen im Wettrennen um den Besitz der «absoluten» Vernichtungswaffe sogar vorausgekommen. Als technische Leistung hat das überall, vor allem in den Vereinigten Staaten, die gebührende Anerkennung gefunden. Aber was für einen Ausblick auf die Zukunft der Menschheit eröffnet die Erfindung einer Waffe, mit der jeder beliebige Punkt auf der Erde

mit schon heute verhältnismäßig hoher Treffsicherheit beschossen und Tod und Verderben von dort aus in weitem Umkreis verbreitet werden kann! Denn es ist ja selbstverständlich, daß auch die Amerikaner über kurz oder lang die interkontinentale ballistische Rakete herzustellen in der Lage sein werden, wenn es auch noch einige Jahre gehen mag, bis die beiden Rivalen die Serienfabrikation von Ferngeschossen werden aufnehmen können.

Man hat im Westen vielfach versucht, die machtpolitische Bedeutung der neuen sowjetischen Errungenschaft zu verkleinern. «Im weltstrategischen Sinne», so schrieb zum Beispiel die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2447), werde die Herstellung von Raketengeschossen «an der heute schon bestehenden Lage nichts ändern». Tatsächlich hat aber die russische Erfindung bereits eine wesentliche Änderung der strategischen Möglichkeiten bewirkt. Bisher waren ja die Vereinigten Staaten imstande, von ihren vielen Militärstützpunkten rings um die Sowjetunion aus den künftigen Gegner mit – wie sie wenigstens überzeugt sind – fast völliger Vernichtung zu bedrohen, während sie selber, dank ihrer geographischen Lage, für sowjetische Zerstörungswaffen nur sehr mühsam und unvollkommen erreichbar waren. Diese Überlegenheit, auf die die amerikanische Politik trotz allen Enttäuschungen der Vergangenheit immer noch entscheidend baute, fällt nunmehr in dem Maße dahin, als die Russen tatsächlich größere Mengen von Ferngeschossen in die Hand bekommen. Zum Angriff auf Amerika können sie ihre Raketen freilich auch jetzt nicht benützen, ohne einen fürchterlichen Gegenschlag herauszufordern. Aber ihrerseits wirksame Vergeltung zu üben und von Abschußbasen aus, die schwer zu entdecken wären, die amerikanischen Städte und Industriegebiete unter Feuer zu nehmen – falls die Luftwaffe der Vereinigten Staaten die Sowjetunion angriffe –, dazu sind die Russen schon in naher Zukunft fähig. Den Vereinigten Staaten und den Westmächten überhaupt ist damit eine Druck- und Drohwaffe aus der Hand geschlagen, die bei der Planung ihrer «Politik der Stärke» eine große Rolle spielte; ein strategisches Gleichgewicht zwischen den beiden Machtblöcken ist nunmehr in Sicht, das sich immer mehr zugunsten des Ostens geltend machen wird. Die «absolute» Waffe ist die interkontinentale Rakete freilich auch nicht; sie wäre es erst, wenn ein Angreifer imstande wäre, mit einem einzigen Schlag die ganze Vergeltungskraft des Gegners zu vernichten – und so weit sind wir zum Glück wohl noch lange nicht.

Aber inzwischen werden die Russen die veränderte weltstrategische Lage wahrscheinlich doch nach allen Seiten hin ausnützen. Der Abbruch der Londoner Abrüstungsverhandlungen, den die Sowjetunion herbeigeführt hat, indem sie sich «endgültig» weigerte, auf die zahlreichen, immer weiter komplizierten Bedingungen der Westmächte für den Abschluß eines bindenden Abkommens einzutreten, ist teilweise gewiß bereits auf das sowjetische Bedürfnis zurückzuführen, Zeit für die Entwicklung der Raketenwaffe zu gewinnen – so wie ebenso

sicher die ewigen amerikanischen Ausweichmanöver in London durch das Drängen der Atomgelehrten und Militärs mitbestimmt wurden, die unbedingt noch ein paar Jahre Frist für die Ausprobierung ihrer Kernwaffen und für die Herstellung einer von radioaktiven Abfällen freien Wasserstoffbombe haben wollten. Dazu kommt, daß die Sowjetregierung mit ihrer Forderung, die Versuche mit Atomwaffen seien bedingungslos und sofort einzustellen, die öffentliche Meinung der Welt (zum Beispiel auch der britischen Arbeiter) in ständig wachsendem Maße für sich hat, während die Einkleidung der westmächtlichen Bereitschaft, diese Versuche wenigstens für ein Jahr einzustellen (mit der Möglichkeit, ein zweites Jahr anzufügen), in eine Reihe weitgehender Forderungen politischen Charakters mindestens ein schwerer taktischer Fehler war, wenn sie nicht einfach dazu dienen sollte, die Abrüstungsverhandlungen unendlich in die Länge zu ziehen. Vielleicht bringen aber jetzt die Russen die Frage der Einstellung der Versuche mit Kernwaffen vor die Versammlung der Vereinten Nationen, in der Hoffnung, im Besitz der Raketenbombe und mit der Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite würden sie doch noch eine Abrüstungsvereinbarung durchzudrücken vermögen, die wenigstens einmal die Gefahr eines Atomkrieges verringern würde.

Amerikanischer Friede! Das Vernünftigste wäre ja jetzt, wo ein eigentliches atomisches Gleichgewicht zwischen den beiden großen Heerlagern in Aussicht steht, tatsächlich der glatte Verzicht aller Beteiligten auf die weitere Vervollkommnung und Bereitstellung von Atomwaffen. Aber das setzte eben die Preisgabe der ganzen strategischen Grundauffassung voraus, auf der seit der Verkündung der sogenannten Truman-Doktrin die Politik der Westmächte beruht – und davon kann auf absehbare Zeit gar keine Rede sein. Niemand hat diese Auffassung brutaler formuliert als Winston Churchill (der ja schon mit seiner Rede in Fulton, im März 1946, der westmächtlichen Druck- und Drohpolitik ihren verhängnisvollen Weg gewiesen hatte) in seiner Bostoner Rede vom April 1949. Ihr Sinn ist damals – ich glaube, ich habe hier schon einmal darauf Bezug genommen – ganz unmißverständlich von den Brüdern Alsop, diesen strammen journalistischen Vorkämpfern der amerikanisch-britischen «Politik der Stärke», klargestellt worden, wenn sie in der «New York Herald Tribune» vom 9. April 1949 schrieben: «Nach Churchills Meinung liegt es offen am Tag, daß wir nur zwei Möglichkeiten haben, um weiterzuleben. Entweder wird sich Rußland radikal und bald wandeln, oder wir müssen, wenn die nicht unbegrenzte Zeit unserer Sicherheit abzulaufen beginnt, eine Präventivkrise erzwingen, die nötigenfalls zum Präventivkrieg führt, um eine Vereinbarung mit dem Kreml herbeizuführen. Wenn dies notwendig sein wird, das wird durch seine (Churchills) Betonung des zeitweiligen amerikanischen Monopols der Atomkraft angedeutet. Kurz, es muß zu einer Kraft-

probe kommen, bevor der Kreml eine volksdemokratische Atombombe besitzt.» Der Kreml hat diese Waffe zu früh in die Hand bekommen, als daß die Westmächte die von Churchill gewünschte Folgerung hätten daraus ziehen können. Er hat noch viel schneller die Wasserstoffbombe zu bauen gelernt und nun sogar, vor Amerika, auch die Fernrakete – und doch hält die Politik Washingtons immer noch an dem Glauben fest, daß im atomischen Wettrüsten der Vorsprung endgültig bei den Vereinigten Staaten bleiben werde. Anders kann man sich wenigstens das unbedingte amerikanische Beharren auf dem Besitz und Ausbau der Kernwaffen kaum erklären.

Dahinter aber steht der andere, noch kühnere Glaube, daß die Vereinigten Staaten von der Vorsehung berufen seien, den Weltkommunismus zu zerschlagen oder doch seinen inneren Zusammenbruch herbeizuführen und die Geschicke der «freien Welt» maßgebend zu lenken. Der Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» und vom «amerikanischen Frieden» ist keineswegs ausgeträumt; er drängt vielmehr heute erst recht zur Verwirklichung. Das geht auch aus einem aufsehenerregenden Aufsatz hervor, den der Direktor des Instituts für Außenpolitik an der Universität von Pennsylvanien, Robert Strausz-Hupé, in der neuen Zeitschrift «Orbis» veröffentlicht. Der Verfasser fordert darin – ich folge einer Inhaltsangabe, die in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2046) erschienen ist – nichts Geringeres als eine Ei-ni-g-u-n-g d-e-r W-e-l-t u-n-t-e-r a-m-e-r-i-k-a-n-i-s-c-h-e-r F-ü-h-r-u-n-g. Die Sowjets, so legt er dar, seien nicht mehr fähig, eine neue und anziehende Lebensform anzubieten, während die Vereinigten Staaten tatsächlich die Bestrebungen des Marxismus erfüllt hätten. Mit ihrer klassenlosen Gesellschaft (!) und ihrem revolutionären (?) Temperament hätten sie die Kraft, eine neue Weltordnung zu schaffen, für deren reale Untermauerung ihr militärischer Machtapparat Sorge. «Für die nächsten fünfzig Jahre» – so verkündet dieser amerikanische Prophet – «gehört die Zukunft Amerika – amerikanisches Weltreich und Menschheit sind keine Gegensätze, sondern nur zwei Namen für die Weltordnung in Frieden und Glück.» Und der biedere Eidgenosse, der diesen Aufsatz in der «NZZ» resümiert, stimmt seiner Weltschau (wenn auch vielleicht nicht in bezug auf den zeitlichen Ablauf der Dinge) freudig zu, schließt er doch seinen Artikel mit der Feststellung, daß «von einer demokratisch inspirierten und gehandhabten ‚Pax Americana‘ (vom ‚amerikanischen Frieden‘ also) das Überleben Europas und die Hoffnung aller freiheitsliebenden Menschen abhängt.»*

Bei solcher Einstellung des Blickes kann natürlich für den Westen eine Beendigung des Kalten Krieges niemals in Frage kommen, sondern nur seine unerbittliche, verschärfte Weiterführung. Dies freilich nicht

* Man möge den zitierten Aufsatz nicht einfach als die unmaßgebliche Phantasie eines Herrn Irgendwer abtun. Dr. Strausz-Hupé ist führend an der Leitung eines internationalen Kongresses beteiligt, der gerade jetzt in Brügge stattfindet, präsidiert von Robert Schumann und aus der Schweiz u. a. von verschiedenen Universitätsprofessoren sowie vom Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» besichtigt.

darum, weil etwa die kommunistischen Oststaaten, die Sowjetunion voran, den Westen militärisch bedrohen würden; auch P.-H. Spaak, der Generalsekretär der NATO, hat am 9. September in einer Rede in Genf anerkannt, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle, der Wettbewerb zwischen Ost und West vielmehr auf dem wirtschaftlichen und sozialen Kampffeld ausgetragen werden müsse. Aber die Westmächte und ihre Parteigänger tun eben dennoch so, als ob von den kommunistischen Ländern Krieg drohe, weil sie nur so ihren ungeheuren Rüstungsapparat aufrechterhalten können, der, wie der vorhin zitierte amerikanische Propagandist sich ausdrückt, für die «reale Untermauerung» des Weltführungsanspruches der Vereinigten Staaten sorgen müsse. Man spiegelt eine kommunistische Angriffsgefahr vor, um desto sicherer die Völker unter die «Schutzherrschaft» Amerikas zu bringen.

Der Brandherd im Orient Nirgends zeigt sich das deutlicher als an der jüngsten Entwicklung der Dinge in Vorderasien, besonders in Syrien. Schon um die Mitte August, als die Nationalisten in Damaskus Oberwasser bekamen und die Regierung sich zur Annahme sowjetischer Wirtschafts- und Militärhilfe entschloß, wurde das im Lager der Westmächte als «ernste Herausforderung der Mittelost-Doktrin Präsident Eisenhowers» und «Gefährdung der westlichen Verteidigungsstrategie» erklärt. Die Sowjetunion habe sich «am Mittelmeer und im Mittelosten festgesetzt, und dies in einer viel kürzeren Zeit, als man es für möglich gehalten hätte». Und nun erlassen – am 7. September – Eisenhower und Dulles gemeinsam eine feierliche Warnung an die Sowjetunion vor der «Anstiftung Syriens zu irgendwelchen Angriffen auf seine Nachbarn» und drohen mit amerikanischem Eingreifen zugunsten derjenigen Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber den syrisch-sowjetischen Umsturzplänen verteidigten, das heißt also mit einer militärischen Aktion gegen Syrien, das – wie vor drei Jahren Iran – zu einem gefügigen Satelliten der Vereinigten Staaten (und ihrer Olinteressenten!) gemacht werden soll. Bereits haben die USA begonnen, in dramatischen Formen – über eine «Luftbrücke» mit Riesenflugzeugen – Waffen und Munition an Jordanien zu liefern, während gleichzeitig eine amerikanische Flotte demonstrativ vor der syrischen Küste kreuzt. Die kaum verhüllte amerikanische Drohung ist um so ernster zu nehmen, als ja im vergangenen Mai ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten (mit 50 Kriegsschiffen der Sechsten Flotte, 180 Flugzeugen und 25 000 Mann) bereits Jordanien auf die Knie gezwungen und es verhindert hat, sich von ausländischer Beherrschung freizumachen. Die Neuyorker «Monthly Review» schrieb damals, die Leistung der Herren Eisenhower und Dulles sei «von Anfang bis Ende eine der stoßendsten Schaustellungen von Brutalität, Zynismus und Heuchelei gewesen, welche die Welt je gesehen hat». Soll diese Schaustellung im Fall Syrien wiederholt werden?

Stellen wir aber zunächst einmal die Tatsachen an ihren Platz. Syrien, ein armes, wirtschaftlich und kulturell unterentwickeltes Land mit vier Millionen Einwohnern, suchte nach der Abschüttelung des französischen Protektorats die Vereinigung mit seinem Nachbarstaat Irak. Als dann aber Irak, früher von Großbritannien abhängig, unter amerikanische Oberherrschaft geriet (es ist Mitglied der Bagdad-Organisation), näherte sich der syrische Nationalismus planmäßig Ägypten, um die Unabhängigkeit des Landes sicherzustellen, und nahm 1956 auch sowjetische Waffenlieferungen an. Er hatte – machtpolitisch genommen – gar keine andere Wahl, wenn er sich dem amerikanischen Druck gegenüber behaupten wollte. Der Suezkrieg zog dann, vom November 1956 an, auch Syrien immer stärker in Mitleidenschaft. Politisch von den Westmächten nicht viel weniger befehdt als Ägypten selbst, sah es sich mehr und mehr seiner Absatzmärkte in Frankreich, in der Türkei, in Irak, Jordanien und zuletzt auch im Libanon beraubt. Seine Wirtschaft wurde völlig zerrüttet, seine Währung zerfiel, und die Vereinigten Staaten, die Syriens Notlage nach Kräften verschärften, glaubten im vergangenen Juli schon gewonnenes Spiel zu haben, als sich die Regierung von Damaskus fast im letzten Augenblick doch ermannte und unter dem Druck junger nationalistischer (keineswegs kommunistischer) Offiziere die Kapitulation vor Amerika ablehnte. Die westlich orientierte Opposition im Parlament brach zusammen, Armee und Polizei kamen unter nationalistisches Kommando, und an Stelle der amerikanischen Wirtschaftshilfe, die Syrien zu politischer Hörigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten verurteilt hätte, nahm die Regierung die von jeder politischen Bedingung freie Anleihe an, die die Sowjetunion nach langem Zögern Syrien angeboten hatte – «das großzügigste Auslandhilfegeschäft, das Rußland je mit einem Nichtsatelliten abgeschlossen hat», wie ein englisches Blatt damals schrieb. Syrien soll danach 300 Millionen Dollar in Waren, Dienstleistungen und Krediten bekommen, wovon nur ein Drittel im Laufe von zehn Jahren zurückzahlen ist.

Das ist – in Kürze – der Ablauf der Ereignisse. Und daraus wird nun eine «Festsetzung der Russen in Syrien», ein «kommunistischer Umsturz», eine «Bedrohung der freien Welt» konstruiert, gegen die sich die Vereinigten Staaten gegebenenfalls mit Waffengewalt zur Wehr setzen müßten! Die Unwahrhaftigkeit kann nicht höher getrieben werden. Man mag über die syrische Politik im übrigen urteilen wie man will; man kann – und muß – es beklagen, daß der syrische Nationalismus mithilft, Israel zu boykottieren und zu bedrängen – aber daß Syrien auf dem Wege zum Kommunismus sei und seine arabischen Nachbarn mit Krieg zu überziehen trachte, das ist eine so grob demagogische Propagandalüge, daß man sich fragt, wie sie einem Mann von dem Verantwortungsgefühl eines Eisenhower (der schließlich kein Truman ist) mundgerecht gemacht werden konnte. Wenn sich Syrien der Sowjetunion genähert hat, so haben gerade die Vereinigten Staa-

ten alles getan, um es dazu förmlich zu zwingen, sollte es nicht entweder dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehen oder aber wie Jordanien, Saudi-Arabien, Irak und Iran zum Gefolgsstaat Amerikas herabsinken. Man wird das in Washington eben doch allmählich zur Kenntnis nehmen und der Sowjetunion ein Mitspracherecht in Vorderasien einräumen müssen, soll nicht aus diesem Raum – wie viele befürchten – die Flamme eines dritten Weltkrieges herausschlagen, an dessen Rand Mr. Dulles uns ein neues Mal führen zu wollen scheint.

Die beiden Deutschland

Die Versuchung für den amerikanischen Außenminister, in Vorderasien den starken Mann zu spielen, ist freilich sicher nicht geringer geworden, seitdem durch den Sieg der Partei Adenauers bei den westdeutschen Wahlen die «Politik der Stärke» auch in Europa neuen Auftrieb bekommen hat. Die Christlich-Demokratische Union verdankt zwar die verstärkte absolute Mehrheit der Sitze, die sie jetzt im Bundestag innehat, in erster Linie der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, deren sich Westdeutschland erfreut und die die Regierung Adenauer-Erhard mit auf ihr Verdienstkonto schreibt. Ein ausländischer Besucher, der nach sieben Jahren zum erstenmal wieder nach Deutschland kam, bemerkte letzthin vielsagend: «Mir fiel nicht nur sein (Westdeutschlands) unglaublicher Wiederanstieg auf, sondern auch die fast unanständige Hast, Gier, Wildheit und Begehrlichkeit, mit welcher der Durchschnittsdeutsche einem immer größer werdenden materiellen Wohlstand nachjagt. Dieses berühmte 'deutsche Wunder' ist ein Zauberbegriff geworden, und der Deutsche stellt ihn ebenso stolz zur Schau, wie er einst sein Parteiabzeichen trug.» Wie sollten die westdeutschen Wähler und Wählerinnen da auf den Einfall kommen, einem System die Gefolgschaft zu verweigern, unter dem es ihnen «jeden Tag immer und immer besser geht», um mit dem alten Coué zu reden? Der Glaube an den Segen der kapitalistischen Profitwirtschaft – jetzt «soziale Marktwirtschaft» genannt – ist heute in Westdeutschland stärker denn je.

Aber ohne jeden Zweifel hat zum Sieg Adenauers wesentlich auch die Überzeugung der großen Masse der Westdeutschen – bis tief in die sozialdemokratische Arbeiter- und Angestelltenschaft hinein – beigetragen, daß die Außenpolitik des Kanzlers, eben die «Politik der gepanzerten Faust», die einzig richtige sei und nur sie den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer erstrangigen Weltmacht gewährleisten könne. An diese Politik knüpfen sich die Hoffnungen ungezählter «patriotischer» Deutscher auf Vertreibung der Russen aus Ostdeutschland, auf die Zurückgewinnung der an Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei verlorenen Provinzen, auf die unter deutscher Führung zu bewerkstelligende «Befreiung der Ostvölker bis zum Ural», ja womöglich bis zum Gelben Meer. Diese Ziele wird nach dem 15. September 1957 die westdeutsche Außenpolitik mit verstärkter

Energie verfolgen, gestützt auf die neue Wehrmacht und auf die gewaltigen militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel der Atlantikmächte, vorab Amerikas. Der Kalte Krieg wird auch in Europa an Zähigkeit und Unnachgiebigkeit wieder gewinnen, was er in den letzten Jahren verloren zu haben schien – und an das Ende dieses methodischen Wahnsinns kann man nur mit Schrecken denken.

Die westdeutsche Sozialdemokratie wird in ihrer heutigen Geistesverfassung, in ihrer jämmerlichen Halbherzigkeit und ihrem sturen Antikommunismus jedenfalls kein ernsthaftes Hindernis auf diesem Weg in die neue Katastrophe sein, so wenig sie es Anno 1914 und 1939 war. Nicht unverdient trifft sie der Hohn eines CDU-Wahlflugblattes aus Baden-Württemberg, das ich unter den Augen habe und in dem die «europäische Sicherheitspolitik» Ollenhauers verächtlich abgetan wird mit dem (freilich verlogenen) Hinweis: «Ungarn hat gezeigt, wie diese Sicherheit aussieht. Die unklare und ziellose Schaukelpolitik der SPD wäre für uns lebensgefährlich.» Nicht einmal in der Frage der Wehrpflicht ist ja die SP festgeblieben, erklärte doch Ollenhauer (nach einer Meldung der Deutschen Presseagentur vom 7. September), die Sozialdemokratie werde bei Verhandlungen mit einem künftigen Koalitionspartner nicht unter allen Umständen auf der Abschaffung des Militärzwanges bestehen; tags darauf behauptete er dann schon wieder fröhlich, doch, die SP sei «fest entschlossen, unter allen Umständen die allgemeine Wehrpflicht wieder abzuschaffen». Wie könnte man einer Partei mit solch schwankenden Gestalten an der Spitze noch Vertrauen schenken?

Nur nebenbei sei wieder einmal gesagt (obwohl es wichtig genug ist), daß unter dem Druck einer durch und durch unwahrhaftigen Propaganda der CDU, unter dem allbeherrschenden Einfluß der Mächte des Geldes, des Nationalismus, des Militarismus und des Klerikalismus in Westdeutschland von einer selbständigen Bildung des Volkswillens und von freien Wahlen im Ernst keine Rede sein konnte. Die Einrichtungen der Demokratie sind auf dem Boden des Kapitalismus und in den Händen der reaktionären Kräfte auch hier wieder nur wirksame Mittel zu dem Zweck gewesen, das Bestehende zu erhalten und jede auch nur einigermaßen gründliche Änderung der Dinge zu verhindern.

Eines steht jedenfalls fest: Auch der neue westdeutsche Bundestag wird nicht diejenige Gesinnungswandlung offenbaren, die nötig ist, um die Wiedervereinigung mit O s t d e u t s c h l a n d herbeizuführen. Die aus ihm hervorgehende Regierung wird der Sowjetunion nicht die Sicherheit vor einem neuen deutschen Angriff gewährleisten, die sie verlangt, um ihre Truppen aus der DDR zurückzuziehen, sondern auf der weiteren Mitgliedschaft der Bundesrepublik und womöglich auch eines geeinigten Deutschlands in der NATO bestehen. Und sie wird nicht die Hand zu Beratungen mit der ostdeutschen Regierung über das politische und soziale Regime eines künftigen Gesamtdeutschlands bieten, sondern stur und starr die Veranstaltung «freier» Wahlen in beiden

Landeshälften verlangen als Grundbedingung für die Festsetzung des neuen Regimes. Es wird so im Grund einfach beim alten bleiben, also bei der Trennung Deutschlands in zwei sich weniger und weniger verstehende Hälften – mit all den schweren Schäden und Gefahren, die dieser Zustand mit sich bringt.

Das ist auch der Schluß, zu dem der englische Labourabgeordnete Crossman auf einer Reise gekommen ist, die er kürzlich – noch vor den westdeutschen Wahlen – durch die Bundesrepublik und die DDR gemacht hat. Die ganze Lage der DDR, wie sie sich am augenfälligsten in dem endlosen Strom von Flüchtlingen aus der Ost- in die Westzone widerspiegelt, erscheint ihm zwar tragisch, ja hoffnungslos genug, aber sie müsse eben – so schreibt er im «New Statesman» (24. und 31. August) – vorerst als unabänderliche Tatsache hingenommen werden. Die DDR ist, wie der britische Beobachter betont, nur ein Rumpfstaat. «Sein landwirtschaftlicher Boden ist meistens sehr schlecht. Wenn er auch einige Braunkohle hat, so besitzt er tatsächlich doch weder Steinkohle noch Eisenerz und war darum bis 1945 ohne jegliche Schwerindustrie. Kein Stück Deutschlands hätte ungeeigneter sein können für einen Versuch mit einer sich selbst genügenden kommunistischen Wirtschaft oder als ein Gebiet, aus dem die unterentwickelten Länder Osteuropas hätten mit schwerindustrieller Ausrüstung versehen werden können.» Der Gegensatz zu dem von Natur reichen und mit freigebiger amerikanischer Wirtschaftshilfe wieder auf die Beine gestellten Westdeutschland springt ja in der Tat kraß in die Augen, sobald man die Zonengrenze überschreitet. Und Westdeutschland wie seine atlantischen Verbündeten tun alles, um ihn noch viel krasser zu machen. «Ostdeutschland», so stellt Crossman fest, «wird von seiten des Westens einer Wirtschaftssperre unterworfen; es wird in Bonn und Westberlin entschieden, was auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden soll. Auch der Kurs von vier Ostmark gegen eine Westmark ist ein politischer Kurs (nach meiner Erfahrung wäre ein echter Kurs etwas weniger als zwei zu eins) ... Die Westberliner praktizieren jede Art psychologischer Kriegführung und Unterwühlung, um das ostdeutsche Minderwertigkeitsgefühl zu erhitzen. Mindestens ein Dutzend amerikanischer und westdeutscher Geheimdienste arbeitet in der ganzen DDR und legt ihr Netz von Agenten, Spitzeln, Wirtschaftssaboteuren und bloßen Gerüchtemachern aus. Tagaus, tagein sticht die erbarmungslose westdeutsche Propaganda in die Oberfläche des ostdeutschen Lebens hinein, während seine eigentliche Grundlage durch die Wirtschaftssperre unterwühlt wird. Kein Wunder, daß es jeden Tag 400 Neuankömmlinge im Auffanglager für Flüchtlinge gibt. (Oft sind es bis zu 900. H. K.) Kein Wunder auch, daß sogar in Westberlin ängstliche Stimmen fragen, wie lange dieser Kalte Krieg noch gehen könne, ohne eine neue Explosion in der DDR zu erzeugen. Und diesmal könnte eine Erhebung der Auftakt zu einem dritten Weltkrieg werden.»

Crossman sieht auch die erfreulichen Seiten des ostdeutschen

Lebens und zeigt sich besonders beeindruckt von der Sozialfürsorge in der Industrie und von den landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, die echte sozialistische Errungenschaften darstellten und nur dank der Verstaatlichung der Großindustrie und der Aufteilung des Großgrundbesitzes möglich geworden seien. Das wirklich Schlimme in der DDR sei das verdorbene politische System mit seinen «kleinen Hitlern», Strebern und Anpassern – und darin hat er ja nur zu sehr recht, wie jeder weiß, der etwas von diesem System kennengelernt hat. Zusammenfassend meint er, Deutschland sei heute – ob man es gern habe oder nicht – ebenso fest zweigeteilt wie Irland oder Korea, und jeder der beiden Teilstaaten sei eine strategische Filiale einer Obermacht. «Der Gedanke, diese zwei Staaten könnten jetzt abgetragen und an ihrer Stelle auf Grund einer freigewählten verfassungsgebenden Versammlung ein einziger Zentralstaat aufgebaut werden, scheint mir gänzlich absurd . . . Das dadurch herbeigeführte Spaltungsbewußtsein muß freilich eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. Und je eher die beiden Staaten anfangen zusammenzuwachsen, statt auseinanderzuleben, desto besser für alle Beteiligten.»

Kommunismus – Sozialismus Militärisch ist natürlich Ostdeutschland nach wie vor fest in der Hand der Sowjetarmee. Aber wir müßten die Zeichen sehr falsch deuten, wollten wir nicht anerkennen, daß die Russen die DDR eher als Belastung denn als Gewinn empfinden. Es ist in dieser Beziehung genau wie in Ungarn: der Sowjetunion geht es vor allem um ihre Sicherheit. Sie unterdrückte den Aufstand in Ungarn, weil sie von einem Gewährenlassen der Revolution die Erschütterung, ja Zerstörung ihrer ganzen Machtstellung in Osteuropa befürchtete, so wie die Westmächte in ihrem Einflußbereich jede Verschiebung des Kräfteverhältnisses als Lebensbedrohung ansehen und mit äußerster Gewalttätigkeit bekämpfen. Man denke an Korea, Algerien und Vorderasien! Das stempelt die moralische Entrüstung der Westpolitiker über das bewaffnete Eingreifen der Russen in Ungarn – wie sie auch in der Ungarn-Debatte der UNO-Generalversammlung wieder inszeniert wurde – von vornherein zur widerwärtigen Heuchelei. Aber es rechtfertigt dennoch die sowjetische Machtpolitik, die andere Völker einfach als Mittel zum Zweck ihrer Selbstdurchsetzung gebraucht, in keiner Weise, so wenig wie wir die entsprechende Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die Westmächte gelten lassen können. Der irische Außenminister, der vor der UNO den (schrittweisen) Rückzug aller Besetzungstruppen aus den von ihnen beherrschten Ländern forderte, hatte darum vollkommen recht, so peinlich auch sein Auftreten – sehr begreiflicherweise – von den versammelten Westdiplomaten empfunden wurde, deren Selbstgerechtigkeit immer nur die Verdammung kommunistischer Gewalttätig-

keit verlangt. Mit solchem Eigendünkel erleichtert man den Russen die Abkehr von ihrem Unfehlbarkeitswahn wahrlich nicht!

Ähnliches gilt auch von der gehässig-hochmütigen Art und Weise, mit der im Westen das diesmal in Moskau abgehaltene Weltjugendtreffen boykottiert und die Teilnahme daran bestraft werden wollte, wobei ja unsere schweizerischen Kommunistenfresser eine besonders schmachvolle Rolle gespielt haben. Man sollte bei uns doch im Gegenteil froh sein, daß einmal 30 000 junge Leute, die große Mehrzahl Nichtkommunisten, vierzehn Tage lang in Moskau vollkommen frei reden und auftreten und eine Propaganda für die westliche Lebensart entfalten durften, wie sie wirksamer überhaupt nicht zu denken ist. Den berühmten Eisernen Vorhang auf diese Weise zu zerfetzen, ist gewiß erheblich intelligenter als ihn durch krampfhaftes Absperrung von jeder Fühlungnahme mit der kommunistischen Welt noch weiter zu verstärken! Aber eben – die jungen Leute, die nach Moskau fahren, bekamen auch ihrerseits ein etwas anderes Bild vom Leben in der Sowjetunion, als die antikommunistische Propaganda es ihnen vormalte. Sie erfuhren vielleicht – um nur zwei Beispiele herauszugreifen, die leicht verduzendfacht werden könnten –, daß vom 1. September an Millionen von Sowjetarbeitern und -angestellten, besonders in der Metallindustrie, den Siebensturentag genießen, der bisher schon für die Bergarbeiter und zum Teil für die Uhrenarbeiter in Kraft stand, und daß andererseits die Industrieproduktion in der Sowjetunion während des ersten Halbjahres 1957 um 10 Prozent gestiegen ist – viel stärker als in irgendeinem Lande der kapitalistischen Wirtschaft, stärker auch, als im sowjetischen Wirtschaftsplan selber in Aussicht genommen war. Daß solche Dinge im Westen nicht allgemein bekannt werden, ist freilich durchaus die Absicht der Schürer des Kalten Krieges, deren Sache völlig davon lebt, daß das kommunistische Regime im Westen als menschlich verrückt und wirtschaftlich wie kulturell als Fehlschlag auf der ganzen Linie angesehen wird. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es gewiß auch der kommunistischen Fehlleistungen genug; aus der Tschechoslowakei zum Beispiel wird neuerdings eine bedenkliche Lockerung der Arbeitsmoral als Folge der früheren überspannten Zwangsdisziplin gemeldet, und ähnliche Erscheinungen stellt man, aus den gleichen Ursachen hervorgegangen, in Polen fest. Aber dieses planmäßige Heruntermachen all dessen, was in den Ländern des Ostblocks geschieht – unsere Zeitungen haben für dieses Geschäft ihre wohlgeschulten Spezialisten nebst den routinemäßigen Normalhetzern –, ist doch eine derartige Versündigung an der Wahrheit und damit am Frieden, daß ihr entgegengetreten werden muß, wo und wann das nur immer möglich ist. Die «kompromißlosen» Anprangerer des kommunistischen Regimes sollten lieber mithelfen, daß die Revolutionierung, Befreiung und Modernisierung der unterentwickelten Länder im Geist eines freiheitlichen Sozialismus geschieht, – sie würden dann bald

weder Lust noch Zeit haben, ihre Hauptkraft der Bekämpfung des «bolschewistischen Untermenschentums» zu widmen!

Aber damit ist es eben immer noch recht schlecht bestellt. Die Entkolonialisierung geht, wenn überhaupt, nur sehr schleppend und meist widerwillig vor sich. Statt die soziale und nationale Befreiung der zurückgebliebenen Völker großzügig und rückhaltlos zu fördern, sind die kapitalistischen Mächte nur darauf bedacht, ihre Herrschaftsstellung aufs neue zu festigen und die alten feudal-despotischen Klassen gegen die Unabhängigkeitsbewegung ihrer Völker zu stützen. Noch immer leben drei von je fünf Menschen auf der Erde in armen, notleidenden Ländern – rund 1500 Millionen, die sich jedes Jahr um 25 bis 30 Millionen vermehren. Und wo sich ein farbiges Volk gegen seine weißen Bedrücker erhebt, da wird es mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel wieder «auf seinen Platz» zurückgeworfen, wie in Südafrika von den «frommen» Buren und in Nordafrika von den «ungläubigen» Franzosen. Jede Woche würden im Durchschnitt 800 «Terroristen» kampfunfähig gemacht, rühmte sich erst leßthin der Statthalter Frankreichs in Algerien, der «Sozialist» Lacoste – und doch ist es schon seit bald zwei Jahren klar, daß auf dem Gewaltweg mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung nicht fertig zu werden ist. Verhandlungen ohne vorherige Kapitulation der Aufständischen aber lehnt die Pariser Regierung starrköpfig ab, wohl wissend, daß daraus nur ein unabhängiges Algerien hervorgehen könnte, was das Ende der Ausbeuterherrschaft der anderthalb Millionen Weißen und wahrscheinlich ihren Massenauszug ins Mutterland bedeuten würde. So verblutet sich Frankreich an einer hoffnungslosen Aufgabe – und bereitet auf seinem eigenen Boden das Aufkommen jenes rohen Halbfaschismus vor, der sich in Algerien schon längst fest eingerichtet hat.

Wenn man liest, was André Philip, der keineswegs revolutionäre Nationalökonom und Politiker, in seinem Buch «Le socialisme trahi» über den Zerfall der französischen Demokratie schreibt, dann kann es einem wirklich leid tun um unsere westliche Nachbarrepublik. Philip stellt insbesondere ein völliges Auseinanderklaffen von Programm und Praxis, Bekenntnis und Haltung bei den meisten Parteien fest. Ist der Abgeordnete einmal gewählt, auf Grund seiner schauspielerischen Deklamationen, dann macht er im Parlament, was er will, ohne Rücksicht darauf, was er vorher seinen Wählern erzählt hat. Die Folge ist beim Wähler eine wachsende Verachtung für Parteien, Parlament und Regierung, ein zynisches Mißtrauen gegenüber allem, was Politik heißt, und eine immer weiter zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten. «Und das bedeutet», sagt Philip, «daß wir schon jetzt in eine vorfaschistische Atmosphäre getaucht sind, in der alles möglich wird; das Land kann von einem Augenblick zum andern einem Mann zur Beute fallen, der ein klares Programm vorlegt und einen energischen Eindruck macht und dadurch den schlummernden Antiparlamentarismus der Massen in

Bewegung zu setzen versteht. Das Unglück ist dabei, daß die grundsatz- und gewissenlose Mannschaft, die diese Operation vorzunehmen fähig ist, sich bereits in Algerien herantreibt... Wenn eine Regierungsmannschaft ein Beispiel von Unwissenheit, geistiger Mittelmäßigkeit und moralischem Zynismus gibt, so zerstört sie die sittlichen Grundlagen der Demokratie und schafft selber die Bedingungen, die den Staatsstreich vorbereiten. Und der wird kommen, wenn der republikanische Geist nicht rasch wieder kraftvoll lebendig wird.»

Was in Frankreich vielleicht besonders krasse Formen angenommen hat, das ist freilich im Grunde der Zustand in den meisten anderen bürgerlichen Demokratien. Die Demokratie aus ihrer kapitalistischen Verderbnis und Lähmung zu befreien und ihr einen neuen, einen sauber sozialistischen Inhalt zu geben, das ist jetzt die Aufgabe der westlichen Völker. Geschieht das rechtzeitig, dann braucht niemand mehr vor dem Kommunismus Angst zu haben – und auch nicht vor einem dritten Weltkrieg.

16. September

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

Paul Peachey: «Die soziale Herkunft der Schweizer Täufer in der Reformationszeit». Karlsruhe, 1954.

Die Entstehung des Täuferturns, jener für das soziale Verständnis des Evangeliums so bedeutsamen Bewegung der Reformationszeit, liegt noch weitgehend im Dunkel. Einen wichtigen Beitrag zur Frage nach dem Ursprung des schweizerischen Baptismus gibt der amerikanische Mennonit Peachy mit seiner Zürcher Dissertation, die in der Schriftenreihe des Mennonitischen Geschichtsvereins (Weiherhof-Pfalz) erschienen ist. Von der Religionssoziologie Max Webers und Ernst Troeltschs herkommend, geht der Verfasser Milieu, Beruf und sonstigen Lebensumständen der Täufer in den Jahren 1525 bis 1540 nach und stellt anschließend das allgemeine Problem des Verhältnisses von Reformation und Täuferturn. Eine Liste aller erfaßbaren Täufer mit Orts-, Berufs- und Quellenangaben macht den Abschluß.

Als Ergebnisse der Untersuchung seien mitgeteilt: die primär religiöse, nicht soziale Wurzel der Wiedertäuferbewegung zeigt sich daran, daß die ersten Täufer allgemein dem humanistisch gebildeten, reformwilligen Bürgertum angehören und daß die Täufergemeinden erst in einer zweiten Phase von Handwerker- und Kleinbauernkreisen getragen wurden. Die ganze Bewegung muß als Fortsetzung außenseiterischer Sondergruppen der mittelalterlichen Kirche angesehen werden; diese vermochte sie aber im allgemeinen aufzunehmen und zu integrieren, wozu die junge reformatorische Kirche nicht imstande war; da auch diese weitgehend die Einheit von Staat und Kirche postulierte, mußten sich die Spannungen an den Symbolen dieser Einheitsgesellschaft, Taufe, Eid und Obrigkeit, entladen. Mit diesem Resultat steht die Arbeit in starkem Gegensatz zur marxistischen Sicht (Kautsky u. a.), indem sie die Täufererscheinungen aus dem Klassenkampfschema herauslöst; zugleich stellt sie sie aber in die unsere Zeit wieder neu bedrängenden Fragen um die Einheitsgesellschaft, wie sie von Ost und West her an uns herantreten und wie sie vor allem auch in unserer schweizerischen Wirklichkeit gelöst sein wollen.

J. L.